

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2285

23. OKT. 1989

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	73 - GE 9 89
Datum:	25. OKT. 1989
Vorsitzung	25. Okt. 1989

St. Kaye

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:

Dr. Hueber

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-815/85-1989

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

2285

Datum

23.10.1989

Mag. Uta Franzmair

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern-Sozialversiche-
rungsgesetz geändert wird (14. Novelle zum BSVG); Stellungnahme
Bzg.: Do. Zl. 20.795/3-2/89

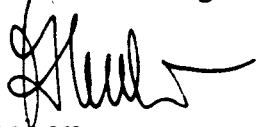
Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Da der vorliegende Gesetzesentwurf hauptsächlich Parallelbe-
stimmungen bzw. Anpassungen an die 48. ASVG-Novelle beinhaltet,
wird auf die diesbezügliche ha. Stellungnahme vom 23. Oktober
1989, Zl. 0/1-290/347-1989, verwiesen. Auch bei der Real-
isierung dieses Gesetzesvorhabens entstehen immense Mehrbe-
lastungen für den Bund, welche über die derzeitige Phase der
Hochkonjunktur hinaus und auf Grund des Verstärkereffektes von
einmal in Geltung stehenden sozialen Erweiterungen zu einem
akuten Mangel an Geldmitteln führen können. Jegliche Überwäl-
zungen dieser Mehrbelastungen des Bundes auf die Länder werden
bereits jetzt abgelehnt. Es wird ausdrücklich festgehalten, daß
der Bund die alleinige Verantwortung für die aus dem vorliegen-
den Entwurf resultierenden finanziellen Auswirkungen zu tragen
hat, und ein Vorbehalt dahingehend angemeldet, daß den geplan-
ten Maßnahmen nicht zugestimmt werden kann, wenn - allenfalls
auch nur indirekt - hiedurch dem Land Mehrkosten erwachsen, sei
es im Wege höherer Dienstgeberbeiträge, im Wege vermindelter
Leistungen der sozialen Krankenversicherung für die Kran-
kenanstalten oder auf andere Weise.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor